

15316/AB XXIV. GP

Eingelangt am 11.10.2013

Dieser Text wurde elektronisch übermittelt. Abweichungen vom Original sind möglich.

BM für Justiz

Anfragebeantwortung



REPUBLIK ÖSTERREICH
DIE BUNDESMINISTERIN FÜR JUSTIZ

BMJ-Pr7000/0215-Pr 1/2013

Museumstraße 7
1070 Wien

Tel.: +43 1 52152 0
E-Mail: team.pr@bmj.gv.at

Frau
Präsidentin des Nationalrates

Zur Zahl 15841/J-NR/2013

Die Abgeordneten zum Nationalrat Dieter Brosz, MSc, Freundinnen und Freunde haben an mich eine schriftliche Anfrage betreffend „Meinungsforschungsaktivitäten des Ministeriums seit August 2012“ gerichtet.

Ich beantworte diese Anfrage wie folgt:

Zu 1 bis 14:

Das Bundesministerium für Justiz hat im März 2013 im Wege der Direktvergabe eine Folgestudie zum Thema „Vertrauen in die österreichische Justiz 2013“ von der Karmasin Motivforschungs GmbH mit einem Auftragsvolumen von 33.000 Euro (inkl. USt) erarbeiten lassen.

Ziel der qualitativen und quantitativen Studie war es, die Haltung der Bevölkerung zur österreichischen Justiz abzubilden und Veränderungen in der Einstellung der Bevölkerung zur österreichischen Justiz seit Ende 2011 zu messen. Dazu wurden Gruppendiskussionen durchgeführt, und zwar

Dieser Text wurde elektronisch übermittelt. Abweichungen vom Original sind möglich.

www.parlament.gv.at

- vier Gruppendiskussionen mit jeweils acht bis zwölf Personen, die bisher noch nicht an einem Gerichtsverfahren beteiligt waren, und
- zwei Gruppendiskussionen mit jeweils acht bis zwölf Personen, die schon einmal in irgendeiner Form an einem Gerichtsverfahren beteiligt waren.

Die quantitative Grundlagenstudie basierte auf einer Befragung von 1.000 Personen.

Die umfangreiche Aufarbeitung der Ergebnisse fand in einer Präsentation im Rahmen einer Pressekonferenz im Mai 2013 ihren Niederschlag. Die der Anfragebeantwortung angeschlossenen Studienergebnisse – aus der sich auch die Fragestellungen ergeben – wurden den Medienvertretern zur Verfügung gestellt und zusätzlich als Download auf der Website Justiz in der Rubrik „Presseaussendungen“ veröffentlicht.

Zu 15 bis 28:

Das Bundesministerium für Justiz hat sich seit August 2012 an keinen Aufträgen für Markt- bzw. Meinungsforschungen beteiligt, die von dritter Seite in Auftrag gegeben wurden.

Wien, . Oktober 2013

Dr. Beatrix Karl